

Der Gesellschafter.

Amts- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

92. Jahrgang.

Donnerstag, den 12. Dezember

1918.

ersch. täglich
mit Ausnahme der
Sonnt. und Feiertage.
Preis vierteljährlich
vier mit Trägerlohn
Mk. 2.10, im Bezirks-
und 10-Km-Bereich
Mk. 2.10, im übrigen
Württemberg Mk. 2.20
Monats-Abonnement
nach Verhältnis.

Anzeigen-Gebühr
für die einspalt. Zeile aus
gewöhnl. Schrift oder
deren Raum bei einmal.
Einschickung 12 Pf.
bei mehrmaliger
entsprechend Rabatt.

Fernsprecher Nr.
Postfachkonto
5113 Stuttgart

№ 292

Die Vorbereitungen des polnischen Aufstandes.

Man schreibt aus der Provinz Posen der „Täg. Rundsch.“:

Der Arbeiter- und Soldatenrat in Posen beabsichtigt durch Flugzeuge über Berlin das nachstehende Flugblatt abzuwerfen:

Die revolutionäre Bevölkerung der Stadt und Provinz Posen — Deutsche — Polen — Juden — anbieten euch ihren billigeren Genuß. Wir hier im Vollzugsausschuß des A. und S. Rates zu Posen wissen, daß man euch allerlei Märchen aufhängt, denen ihr, ohne die Verbindnisse prüfen zu können, auch Glauben schenkt. Wir, die Kameraden, Arbeiter- und Parteigenossen Posens, die wie voll und ganz auf dem Boden der sozialistischen Revolution stehen und uns mit der Berliner Bewegung — jetzigen Reichsleitung — solidarisch fühlen, erklären hiermit, daß an all den euch aufgestellten Legenden nichts Wahres ist und die Neuordnung bisher noch kein Menschenleben gekostet hat. In Posen selbst herrscht muster-gültige Ruhe und Ordnung. Wenn man euch mit beunruhigenden Nachrichten quält, so kommen solche von einer Seite, die ein Interesse daran hat, uns um die Früchte unserer revolutionären Arbeit zu bringen. Im besten Einvernehmen arbeiten Deutsche, Polen, Juden für ein freies Volk, von Posen aus droht euch keine Gefahr, im Gegenteil, wir führen euch wie bisher alle Lebensmittel ein. Wir fühlen uns einzig mit denen, die auf dem Boden einer gestützten Revolution stehen. Wir von Posen aus rufen euch zu, seid einig, haltet das Erreungene fest, damit uns der Sieg gewiß bleibt.

Arbeiter- und Soldatenrat.

Untersigniert sind folgende Namen:

Vom Soldatenrat: Kowalski, Dr. Marchlewski, Dukaczynski, Bzyski, Gachowicz, Bindowski, Cegielski, Krajna, Krause, Dr. Rydzewski, Budzinski.

Vom Arbeiterrat: E. Koder, Kluski, Lwacki, W. Z. Hulewicz, Piliuk, Jachniewicz, Jakob, Schmittler, Piotrowski, Sniegowski.

Es ist kein Zufall, daß das Flugblatt gerade jetzt im Anschluß an den polnischen Teilgebietslandtag verbreitet wird. Es ist offensichtlich dazu bestimmt, die Berliner Regierung und Bevölkerung über den Charakter der Revolution in Posen zu täuschen. Die Revolution in Posen ist nicht eine sozialistische, sondern eine nationalpolnisch-bürgerliche. Vor einigen Tagen gab der A. und S. Rat die offizielle Erklärung ab, daß Deutsche und Polen in gleicher Zahl im A. und S. Rat vertreten seien. Die Unterzeichner unter dem Flugblatt zeigen, daß im Soldatenrat gar kein Deutscher — auch Krause ist Pole —, im Arbeiterrat sechs Deutsche sitzen. Nur auf polnischer Seite ist die bürgerliche Intelligenz vertreten. Einige Namen der „Vertrauenspersonen“, die von den polnischen A. und S. Räten den Behörden zur Seite gesetzt wurden, die diese ausschalten, dürften genügen, den Charakter der Revolution zu kennzeichnen.

Beim Oberpräsidenten Rechtsanwalt Dr. v. Trompschnski, beim Vizepräsidenten in Posen, Rechtsanwalt Dr. Celiński, als Oberbürgermeister in Posen v. Dr. W. K. beim Provinzialschulkollegium und den Schulabteilungen der Regierungen in Posen und Bromberg, Prälat Lukowski, Prof. Dr. Lengowski und Landstimmenseher Suchowlak, bei den Landratsämtern Posen W. Rittergutsbesitzer v. Egancki-Modyra, Posen O. Rittergutsbesitzer v. Urzag-Botowo, W. Rittergutsbesitzer v. Grudzielski, Schroda Rittergutsbesitzer v. Kosiński-Koljuty, Jaroschin Arzt Dr. Klinkowski, Ostrowo Rittergutsbesitzer v. Lipski, Witkowo Rittergutsbesitzer v. Mokulowski, Strelino Rittergutsbesitzer v. Zakrzewski-Mitrowicki, Onesen Fabrikdirektor Dr. Rittel (Pole), Wrongowitz Rechtsanwalt Dr. Ewert (Pole), Kosten Rittergutsbesitzer v. Kojewski-Jasin.

Zum Bürgermeister in Hohenfalza ist Rechtsanwalt Radwanski, zum Bürgermeister in Schokken der Propst Joch, zum Bürgermeister in Obornik der Baumeister Janik eingesetzt worden. Auch Bezirkskommissare sind durch polnische Weipste ersetzt worden. Zum „Organen für die öffentlichen Fonds“ in Posen ist der Versicherungs-gesellschaftsdirektor Dr. Slowacki bestellt worden. Diese Angaben lassen sich aus den übigen Reflexen rasch verifizieren. Es sind überall dieselben Erscheinungen: Land-gesessener Adel, Rechtsanwält, Ärzte und Geistliche, die als Vertrauensmänner dieser „sozialistischen“ Revolution dienen. Und diese selben „Sozialdemokraten“, die die Re-

volution in Posen machen, spannten dem Erzbischof Dabob im Festzuge beim polnischen Landtage die Felle aus und begriffen ihn als „Primas Poloniae“. Jedes national-polnisch-katholische Aufstreben ist vom A. und Soldatenrat in Posen verboten und feierlich verboten worden. Aber nun demonstrative Flagen in polnischen Farben, das Tragen weißer Schleiern, weißer Adler und polnischer Korkhüten, das Verankern polnischer Straßenumzüge, u. vor allem die jeden Deutschen beleidigenden Hebräen und das landesverräterische Tan und Treiben ist natürlich kein nationalpronozierendes Aufstreben.

Jüngst demonstrierte der Posener A. und S. Rat und zugleich auch der Oberpräsident die Bildung polnischer Regimenter in Ostrowo und Jaroschin.

Aber es kann keinem Zweifel mehr unterliegen, daß tatsächlich in Ostrowo ein polnisches Infanterieregiment sich gebildet hat. So wurden in Posen polnische Landsturmeile festgesetzt mit Urlaubshelmen, die unterschieden waren: 1. polnisches Infanterieregiment. Der Kommandeur K. Ein solcher Scheintrag auf der Rückseite den Vermerk des Reichsamtes des Magistrats Posen über ausgehändigte Fleischmarken, und den Stempel des Arbeiter- und S. Rates beim Generalkommando in Posen. Danach ist es ganz unzweifelhaft, daß eine polnische Armee gebildet wird, und daß unsere Zivil- und Militärbehörden hinteres Licht gefaßt worden sind. Ebenso hat es sich auch gegenüber anständigen Ablegnungen als völlig richtig herausgestellt, daß in Jaroschin ein polnisches Regiment in der Bildung begriffen ist, auch weiß in der Stadt Posen jedermann, daß das Infanterieregiment Nr. 5 nur aus polnischen Leuten besteht und nur polnische Offiziere hat. Man hat sich danach eine immer größere Bedeutung von den Absichten der Polen zu machen, zumal wenn man diese Tatsachen zusammenhält mit der von der Warschauer polnischen Presse gebrachten Mitteilung, daß die englische Flotte in nächster Zeit die polnisch-amerikanische Armee von 70 000 Mann in Danzig landen werde, um Westpreußen und Posen zu besetzen.

So sieht es in Wahrheit mit der Harmlosigkeit der polnischen Bestrebungen und mit der mustergültigen Ordnung in unseren Ostprovinzen aus!

So weißt man also. Und da sprechen sich unsere Zivil- und Militärbehörden gegen den „Heimatschutz“ aus und liefern so die Deutschen schuldig dem bewaffneten Polentum aus. Aber das stärkste Stück des Oberpräsidiums war die Bestätigung der Forderung der Polen nach einem Provinzialerdrückungamt. Man ist dieses geschaffen und damit sind die Polen in die Lage versetzt, jederselbst, und zwar nunmehr von Rechts wegen, die Lebensmittelzufuhr nach dem Westen zu unterbinden und sie als Druckmittel zu benutzen, um Zugeständnisse und Anerkennungen von Berlin zu erpressen. Das hat der Abgeordnete Seyda im polnischen Teilgebietslandtage ja schon offen ausgesprochen. So wie das Polentum die einschlägigen Programme gegen die Juden in Lemberg kurzer Hand ableugnet, handelt man auch in Posen nach dem Grundsatz: si vecisti, nega.

Staatssekretär Schiffer über unsere Finanzlage.

Berlin, 10. Dez. Vor dem deutschen Industrie- und Handelsrat sagte Staatssekretär Schiffer in der 3. T. bereits gemeldeten Rede (M. Bl. vom 10. Dez.) weiter: Deshalb (wegen der notwendigen Fühlungnahme mit den Bundesstaaten und dem ganzen Volk) müsse man abwarten mit der Vorlegung eines neuen Steuerprogramms, bis die Nationalversammlung zusammengetreten sei. Die Kriegsabgabe für 1917/18 werde auch für 1918/19 beibehalten, doch müßten statt 60%, 80% der Kriegsgewinne hinterlegt werden. Ferner wird auch das Mehr-einkommen von der neuen Kriegssteuer erfaßt werden. Die Kriegssteuer dürfe auch in Kriegsanleihen und Sachanweisungen bezagt werden, es sei sogar geplant zu bestimmen, daß ein bestimmter Teil der Steuer in Kriegsanleihen bezahlt werden müsse, um diejenigen zu treffen, die allzu vorzüglich bei der Zeichnung von Kriegsanleihen gewesen seien. Bei einer Vermögensabgabe soll Rücksicht genommen werden auf die Familie, auf Alter und Erwerbsfähigkeit des Betreffenden, auf es sich um mobiles oder festes Kapital handelt und schließlich soll auch Ratenzahlung und eventuelle Abgabe in natura gestattet sein. Es sei auch zu erwägen, ob sich die Abgabe in Form einer Zwangsanleihe mit späterer Rückzahlung durchführen lasse. Die Frage der Einkommen- und Ergänzungssteuer sei besonders schwierig, weil diese in das Gebiet des Streites zwischen Reich und Einzelstaaten fällt. Jedenfalls werde man auf die größeren

Vermögen Hand legen. Geplant sei ferner eine Verbrauchssteuer auf gewerbliche Unternehmungen. Durch diese Art der Besteuerung werde die Deklarationspflicht die manchem schwere Gewissensbisse mache, vermieden. Aber auch die Erbschaftsteuer und die wirtschaftliche Lage der Erbenden würden in Betracht gezogen werden. An eine Aufhebung der indirekten Steuern sei nicht zu denken, man müsse sogar noch einige hinzunehmen, beispielsweise den Tabak, vornehmlich Zigaretten, ferner Zucker. Ein neues Problem sei Herbeischaffung einer liberalkommenden Absehung bei allen Steuererhebungen. Auch Luxus- und verwandte Gegenstände werden in weitestgehendem Maße besteuert werden; beispielsweise Luxuswohnungen, Luxusdienerschaft, Luxusreisen und schließlich alle Luftbarkeiten, die Publizität der Bilanzen muß erweitert, die Auskunftsspflicht ausgedehnt und die Steuermodalitäten gehoben werden. Man muß auch Monopole errichten. Import, Export, Banken und Sparkassen scheiden hier völlig aus, sowie überhaupt alle Gebiete, die technisch noch in der Entwicklung sind. In Betracht kommen nur die Wasserkraft und Elektrizität. Man könne auch gemischt wirtschaftliche Betriebe errichten. Das alles bezieht sich auf die geplante Sozialisierung. Sozialisierung bedeute aber nicht Monopolisierung. Endlich käme noch die Schaffung von Kartellen und Syndikaten in Betracht, die durch Rationalisierung und Konzentration die Produktion heben werden. Ob es zu all dem käme hänge davon ab, wie die Gegner ihre Macht zu gebrauchen gewillt sind. Auf die Bitterstimmigen wolle er nichts geben, das wäre unter Untergang, er rechne weder mit Milde noch mit Gnade der Feinde, sondern mit Recht und Vernunft. Seit Tagen ringe er mit dem Gedanken des Bankrotts. Es gehe um das Ganze, es gelte zu retten, was zu retten sei.

Vor einem neuen Ultimatum.

Berlin. Der „Vorwärts“ hatte berichtet, daß die Entente ein neues Ultimatum an Deutschland vorbereiten wolle, um die Wiederherstellung gesetzmäßiger Ruhe und Ordnung zu erzwingen. Dieser Sage, schreibt das Blatt, wird jetzt deutlicher und fast zur Gewissheit. Wie der „Times“ berichtet, liegt eine Note der Entente an Deutschland auf eine sofortige Auflösung der gefassten A. und S. Räte der Pariser Konferenz zur Beschlußfassung vor. Die Note stellt eine vierwöchige Frist zur Wiedereinsetzung der rechtmäßigen Behörden, nach deren Ablauf die All-terien selbst die Bekämpfung des Bolschewismus in Deutschland in die Hand nehmen würden. Weitere Londoner Meldungen stützen die Wahrscheinlichkeit dieser Drohung. Die Zusammenziehung der Truppen an der deutschen Grenze dauert fort. Die „Times“ schreibt, daß ein Sieg der Liebknechtgruppe für die Entente die Aufforderung sei, in Deutschland einzumarschieren, um die Ordnung wiederherzustellen.

Die „Berliner Volkszeitung“ schreibt: Hessen hat den ersten Schritt getan zu dem unvermeidlichen Abschluß der Räteregierung, unvermeidlich aus innerpolitischen Gründen, weil ein: ausschließliche Klassenherrschaft der Arbeiter und Soldaten auf die Dauer unmöglich ist, unvermeidlich auch aus außenpolitischen Gründen, weil die Entente dem Räte-regiment in seiner bisherigen Form weder Frieden noch Nahrungsmittel giebt. Ein Ausbau der A. und S. Räte zu Volksräten ist unbedingt erforderlich. Diese Spitze muß der oberste deutsche Volksrat, die Nationalversammlung darstellen. Der heftigste Schritt ist insofern unvollständig, als er nur die Elemente berücksichtigt, die auf dem Boden der Republik und Demokratie stehen. Die wahre Demokratie verlangt die Selbstherrschaft des ganzen Volkes. Sie schließt weder Monarchisten noch Antidemokraten aus. Auch jene haben das selbe Recht, ihre Stimme in die Wagschale zu werfen.

Tagesneuigkeiten.

Der Einzug durch das Brandenburger Tor.

Berlin, 10. Dez. WTB. Der heutige Einzug der Fronttruppen in Stärke von etwa 7000 Mann, an dem neben der Gardekasernen auch Abordnungen aller Reichskontingente teilnahmen, erfolgte bei feuchtem und nebligem Wetter vom Grunewald her. In den reichgeschmückten Straßen sah man auch zahlreiche schwarz-weiß-rote und schwarz-rot-goldene Fahnen. Das Brandenburger Tor war mit Glorien und Fahnen schmuck einfach und würdig geschmückt und trug Inschriften wie: Willkommen in der Heimat! oder: Frieden und Freiheit! Am Eingang



der Straßen unter den Linden waren zwei Obelisken errichtet, während der Pariser Platz von Flaggenmasten umsäumt war. Der Zug wurde von 8 Kanzenreitern eröffnet und war von einzelnen Musikkorps unterbrochen, welche die alten Armeemärsche spielten. Die Soldaten, die teilweise Stahlhelme trugen, zogen singend durch die Straßen. In den kombinierten Bataillonen wurde von den einzelnen Kompanien eine sächsische, eine bayerische, eine württembergische und eine preussische Fahne vorangetragen.

Teilungsbestrebungen in Baden.

Karlsruhe, 10. Dez. Wie die „Badische Landeszeitung“ zuverlässig erfährt, machen sich gegenwärtig im nördlichen Baden Bestrebungen bemerkbar, die auf eine Zerstückelung des durch die Verfassung vom Jahr 1918 festgelegten Grundrisses der Unterteilbarkeit des Badener Landes in allen seinen Teilen hinauslaufen. Es handelt sich um die Abtrennung der ehemals kurpfälzischen Gebiete des Landes. Wie aus dem Bestimmtesten versichert wird, sind Kräfte am Werk, die sich um eine Wiedervereinigung aller ehemaligen Gebiete der Kurpfalz bemühen.

Eine rheinländische Stimme zur innerpolitischen Lage.

Frankfurt, 10. Dez. Oberbürgermeister Klostermann wies, wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Koblenz meldet, in einer Sitzung des Arbeiterrates die kultur- und religionsfeindlichen Bestrebungen des Kultusministers Hoffmann zurück und bedauerte, daß dadurch die Loslösungsbestrebungen in den Rheinlanden gefördert würden. Er teilte dann mit, aus vollkommen sicherer Quelle stehe fest, daß Frankreichs Absichten auf die Einderhebung des ganzen linken Rheinuferes hinzielen und daß diese Forderung der Franzosen von den Belgiern und Italienern unterstützt werde, während England ihr kein Hindernis in den Weg lege. Nur Amerika werde vielleicht dagegen sein. Es bestehe die große Gefahr, daß wir einen Diktator-Frieden bekommen, deshalb müsse man unbedingt dafür sorgen, daß die jetzige Reichsregierung dem deutschen Volke förmlich anerkannt werde. Ehe das durch die Nationalversammlung geschehen könne, sei es vielleicht schon zu spät. Es bliebe also nur noch ein Ausweg, den Reichstag möglichst bald einzuberufen mit der Tagesordnung: Anerkennung der jetzigen Reichsregierung. Der Reichstag könne aber unmöglich in Berlin zusammentreten, weil er dort unter den jetzigen Verhältnissen nicht frei arbeiten könne. Er habe dagegen den Vorschlag gemacht, ihn nach Koblenz oder Kassel einzuberufen, wo die letzte Möglichkeit vorhanden sei, in Sicherheit zu tagen. Oberbürgermeister Klostermann hat dementsprechend folgendes Telegramm an die Reichsregierung und an den Reichspräsidenten Fernbach geschickt: „Wette Kreise des Rheinlandes halten die Einderhebung des alten Reichstages nach Kassel oder Koblenz zur Anerkennung der jetzigen Reichsregierung bis zur Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung für unbedingt erforderlich, damit der Entente gegenüber legitimierte Vertreter des Deutschen Reiches für die Friedensverhandlungen vorhanden sind.“

Neueinteilungs-Pläne.

Die „Königliche Volkszeitung“ ist eine der lautesten Anfeindungen in der „Los von Berlin“-Bewegung. Es hängt das in der Hauptsache mit der kirchensfeindlichen Haltung des neuen preussischen Kultusministers Hoffmann und dessen etwas behutsameren, aber kaum weniger entschlo-

sen auf Entrechtung der Kirche ausgehenden Volatus Haenisch zusammen. Da außerdem der Gründe nicht wenige für eine Befreiung der preussischen Rheinlande samt Westfalen von der Berliner Vormundschaft sprechen, so kann man dem Zentrumsblatte das Eintreten für eine rheinisch-westfälische Republik nicht verdrängen, wenn auch der Zeitpunkt dieser Aktion, kurz vor der feindlichen Befreiung Kölns, für die Reichseinheit bedenkliche Folgen haben könnte.

Nun hat die „Königliche Volkszeitung“ ihre Pläne genauer umschrieben, und was sie nun ausführt, darf nicht ohne Widerspruch bleiben. Das Blatt schreibt:

Eine natürliche und gesunde Entwicklung drängt darauf hin, daß sich vier große leistungsfähige Republiken bilden und sich als künftiges Deutschland zusammenschließen. In einzelnen könnten diese vier Republiken wie folgt sich gestalten:

1. Rheinisch-Westfälische Republik: Rheinprovinz, Westfalen, Hessen-Nassau, Großherzogtum Hessen, Baden, Rheinpfalz.

2. Donauländer-Republik: Württemberg, Bayern, Deutsch-Oesterreich (Tirol bis Bogen, Salzburg, Kärnten, Steiermark, Ober- und Nieder-Oesterreich).

3. Nordsee-Republik: Oldenburg, Hannover, Hanfschilde, Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Pommern, Westpreußen, Ostpreußen.

4. Mitteldeutsche Republik: Alle übrigen mitteldeutschen Bundesstaaten, Königreich Sachsen, die Provinzen Sachsen, Brandenburg, Schlesien, Posen.

Nach russischem Muster.

Berlin, 10. Dez. Der preussische Kultusminister Adolf Hoffmann hat am Sonntag in einer Versammlung der Unabhängigen erklärt, wenn die Wahlen reaktionärer ausfallen, dann würde nichts anderes übrig bleiben, als die konstituierende Nationalversammlung nach russischem Muster mit Gewalt absetzen zu lassen. Wir haben dazu zu erklären,“ bemerkt der „Vorwärts“, daß wir nicht imstande sind, die Ausrufung des Ministers zu denken, daß wir vielmehr geneigt sind, ihn völlig preiszugeben. Wir halten die Auffassung des Ministers Adolf Hoffmann nicht nur für grundtätig verwerflich, sondern auch für dumm, denn die Deutschen sind keine Russen, und sie würden nicht dulden, daß man ihre rechtmäßig erwählte Vertretung mit Bajonetten auseinander jagt. Wir bedauern aufs tiefste, daß ein Mitglied der gegenwärtigen Regierung eine solche Ausrufung machen, daß ein früherer Sozialdemokrat sein Programm so gründlich vergessen konnte. Wir staunen zugleich über ein solches Maß von politischer Unklugheit. Die Wahlausichten der Unabhängigen sind doch wirklich nicht so glänzend, daß es notwendig wäre, sie durch Ausrufungen der Wegmänner und Hoffmannen noch zu verschlechtern.“

„Fliegerklärung“ über Stuttgart.

Am Dienstag nachm. erhielt Stuttgart „Flieger-Aufklärung“. Flieger aus Böblingen warfen Flugblätter ab, die die Angst vor einer militärischen Gegenrevolution zu verbreiten suchen. Es wird darin u. a. behauptet: es sollen neue Armeekorps gegründet werden, man wolle 3 Fliegerabteilungen bewaffnet zum Kampfe ins Württembergische Land setzen, wolle Soldaten anwerben usw. usw. — Man scheint hier nach dem Kiser Rezept von der drohenden großen Seeschlacht zu handeln.

Der Traum in Feindesland.

Roman von Justus Schoenthal.

40 (Nachdruck verboten.)
„Du hast ihn inzwischen gesehen, Papa? Bei welcher Gelegenheit?“
„Er wurde mich in meinem Geschäfts-Luxus auf.“
„Er suchte dich auf? Wann?“
„Nun, das mag so zwei, drei Tage nach seinem Abschiedsbesuch gewesen sein.“
„Und du kannst mir nicht sagen, was er bei dir bezweckte?“
„Eigentlich gar nichts. Er gab mir einen versiegelten Brief und bat mich, Umschlag und Inhalt unverändert zu bewahren und nur im Falle seines Todes zu öffnen, falls er mir nicht früher die Erlaubnis erteile. Ich verpackte ihn wie immer, habe vor seinen Augen den Brief in ein Scheinfaß meines Kaffeebraus eingeschlossen.“
„Und du weißt nicht, was der Brief enthält?“
„Nein, aber ich vermute... es wird eine lehrwillige Verfügung sein.“
„Merkwürdig... sehr merkwürdig... Wädest du mir nichts von den Begleitumständen erzählen, unter denen er dir den Brief übergab?“
„Mir ist nichts besonderes aufgefallen. Er sagte wohl etwas von einem Tode, das mondmal schneller komme, als man hoffe und fürchte, auch von heimlichen Widersachern, die ihn wohl gar um die Ecke zu bringen gedächten.“
„Ach!“ holt verächtlich, halb schmerzhaft lächelnd, streifte sie die Asche von ihrer Zigarette.
„Ja, ich habe auch ein wenig darüber lachen müssen. Aber er tat sehr ernst, als ob es sich um die heiligste Sache von der Welt handelte.“
Eine Weile stockte der Fluß der Unterhaltung. Dann sagte der alte Herr trockenem Ton:
„Weißt du übrigens, daß Atterley mir heute morgen, in ziemlich schroffer Weise aufgefandigt hat?“

„Atterley?“ Sie schüttelte den Kopf. „Mit der Mentch des Teufels?“
Der Lord tat ein paar nachdenkliche Züge aus der Zigarette.
„Nicht viel zu erzählen... Er hat sich eben sehr über meine Aussage in keinem Proseß geäußert und macht nun aus seinem Innern keinen Siegelbrief.“
„Na, hast du gegen ihn ausgesagt?“
„Aber selbstverständlich. Bedenke doch, wir alle, ich selbst, die gesamte englische Presse wären in Grund und Boden erledigt, wenn der Mann recht bekäme. Die Geschichte könnte sich gerade jetzt im Kriege zu einem Skandal ausmachen, gegen den die Panamaaffäre unserer Bundesgenossen jenseits des Kanals ein Kinderpiel gewesen wäre. Daß doch irgendeiner meiner intimen Feinde im Ministerium die Sache aufgreifen und im Unterhaus breittreten, so sind wir einfach tot. Er braucht die Sache gar nicht besonders auszuklammern, nur die Wahrheit zu sagen, daß nämlich ein junger Mensch ohne sachmännische noch wissenschaftliche Bildung und ein entlassener Sträfling nach außen hin gemeinsam die Fahne der britischen Verleger hochhielten, und wir sind tot, einfach tot... Es hat mir freilich leid getan, gegen ihn auszusagen zu müssen, und ich wollte ihm auch eine kleine Entschädigung von fünfzig oder hundert Pfund zukommen lassen, vielleicht auch eine kleine Gehaltszulage... Aber so macht er mir dies alles unmöglich.“
„Und was für eine Stellung hat er denn nun gefunden?“
„Er ist im — Kriegsdienst beschäftigt, als Hilfskenner. Die Stelle sei besser bezahlt als bei Lord Southcliffe, schreibt er.“
„Merkwürdig! Sehr merkwürdig!“ gab das junge Weib abermals als Echo zurück.
„Nicht wahr?“ fügte der Zeitungskönig verständnisvoll hinzu. „Du mutmaßest da auch gewisse Zusammenhänge? Aller Wahrscheinlichkeit hat ihn doch Longford im Kriegsdienst untergebracht. Ich entnehme auch aus anderen Dingen eine gewisse Winterarbeit gegen mich. Die Regierung scheint mir doch mehr gram zu sein, als

Christliche Lebensaufklärung in der Sozialdemokratie.

Wir erhalten folgende Zuschrift: In einer Bergwerksgegend in Norddeutschland haben 24 Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich aus wirtschaftlichen Gründen der Sozialdemokratie angeschlossen haben, einen Antrag zur Gründung eines Volksbundes kirchentreuer evangelischer Christen erlassen, durch den die Lebensbedürfnisse der Kirche geschützt und die christl. Schulerziehung erhalten werden sollte. Das ist hochinteressant und sollte zur Nachahmung anregen. Selbster ist die Kirche Sozialistische gewesen, was unzulässig seine Vorgänge, aber auch — für die Reinheit ihrer Bestrebungen — seine Schattenseiten gehabt hat. Dieser Zustand wird nun aufgehoben, vielleicht zum Nutzen der inneren Kraft der Kirche, aber unter Erschwerung der äußeren Lebensbedingungen. Aber zum Neuaufbau unseres Volkslebens brauchen wir unbedingt sittlich-religiöse Kräfte, so gut, so noch notwendiger als nach dem Zusammenbruch von 1806, und die Kirche und die Schule mögen zwar künstlich getrennt marschieren, aber vereint schreiten, da beide zur erfolgreichen Durchführung ihres Erziehungswerks der christlichen Wahrheit nicht entraten können. Wer — in allen Parteien — es mit unserem Volk gut meint, muß wünschen und sorgen helfen, daß ihm die Lebensquellen aus der oberen Welt nicht verschlossen werden.

Aus Stadt und Bezirk.

Magdeburg, 12. Dezember 1918.

Kriegsverluste.

Die württembergische Verzeichnisse Nr. 729 verzeichnen:

Braun, Christian, Gestr. 11.4.91, Halterbach, aus Gefangenschaft zur. (S. 493/529).
Röhle, Karl, 12.7.73, Oberlingen, infolge Krankheit gestorben.
Raimbach, Jakob, Gestr. 12.2.87, Speidberg, l. verw.
Steg, Adolf, Gestr. 6.1.95, Wödingen, l. verw.
Royer, Günther, 7.5.91, Unterjüngen, schw. verw.
Rochard, Wilhelm, 23.7.90, Walldorf, vermählt.
Rost, Christian, 24.11.97, Bödingen, in Gefangenschaft.
Stöckinger, Friedrich, 11.3.97, Rosfelden, in Gefangenschaft.
Rüller, Hermann, 19.5.78, Amerjungen, in Gefangenschaft.
Koller, Robert, 27.2.99, Walldorf, in Gefangenschaft.
Großmann, Wilhelm, 28.8.96, Höfen, in Gefangenschaft.
Maner, Karl, Gestr. 8.7.93, Altensteig-Stadt, l. verw.
Schuler, Christian, Gestr. 11.6.92, Köpferd., schw. verw.
Straub, Adolf, 13.7.99, Bödingen, vermählt.
Bernhard, Georg, 10.3.99, Bödingen, schw. verw.
Günther, Friedrich, 26.9.99, Spralshausen, vermählt.
Hense, Karl, 5.11.92, Niedersbach, l. verw.
Viehdob, Wilhelm, Gestr. 2.6.94, Altensteig-Stadt, schw. verw.

Die württ. Verzeichnisse Nr. 729 verzeichnen:

Kapp, Jakob, 4.2.95, Walldorf, vermählt.
Reich, Otto, 30.12.98, Emmingen, vermählt.
Schäme, Fritz, 21.11.99, Unterjüngen, vermählt.
Steed, Friedrich, 18.4.99, Stammersfeld, vermählt.
Gall, Adam, 26.7.99, Speidberg, l. verw.
Gutekunst, Gustav, 12.11.99, Oberschwandorf, l. verw.
Gutekunst, Friedrich, 11.8.96, Halterbach, l. verw.
Köhn, Friedrich, Gestr. 11.8.92, S. u. l. verw. b. d. K.
Seger, Ernst, Gestr. 1.9.96, Köpferd., l. verw.
Maier, Christian, 4.2.99, Emmingen, gefallen.
Raupp, Anton, Gestr. 13.2.91, infolge Verw. gestorben.
Hauer, Ernst, 12.9.98, Edhausen, gefallen.
Rüller, Otto, 29.11.99, Emmingen, l. verw.
Beau, Christian, Gestr. 11.3.89, Edhausen, schw. verw.

Vom Rathand.

Der Gemeinderat hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, sämtlichen Kriegsteilnehmern aus den Spenden der Seifenfabrik und des Elektrizitätswerks und aus städtischen Mitteln auf Weihnachten je ein Geschenk von 10 M. für diejenigen in der Garnison je ein solches von 5 M. zu machen. Weiter wurde die provisorische Regierung im einmütigen Namen der Bürgerschaft in einem Telegramm dringen d

sie merken läßt. „Wozu wenn uns der liebe Gott wohl will, bekommen wir ja als Neujahrsgeschenk eine andere!“
Und wieder herrschte Schweigen.
Endlich fragte Lord Southcliffe von neuem:
„Und du weißt nicht, wodurch wir Longford verfehlt haben könnten? — Es besteht also nicht der leiseste Zweifel, daß ihm von vorgerückter Stelle der Verkehr mit diesem Verräter widerzerraten worden ist?“
„Da du schon so neugierig bist, Papa“, — plauderte die junge Dame heraus — „also, er hat mir einen — Vertragsantrag gemacht und den üblichen Korb mit sandierten Früchten erhalten.“
Der alte Herr lachte.
„Das sieht ihm ähnlich! Entflieht aus dem deutschen Feldlazarett, macht etwas Larm in der Presse, verhaftet einen Journalisten, läßt sich als Held des Tages feiern, von Lord Southcliffe eingeladen und nimmt so im Sandum-drehen die in Taufendpfundnoten eingewickelte Götze mit.“
„Ja, weißt du, Papa, was ich glaube, der Kapitän ist niemals britischer Offizier gewesen, sondern ganz einfach ein — deutscher Spion!“
Der Lord sann nach.
„Hast du besondere Anhaltspunkte für diesen Verdacht?“
„Sie kniff das rechte Auge zusammen und erwiderte: Nicht eigentlich... mein — Gefühl legt Zeugnis ab gegen ihn.“
Der Vater schüttelte das weißhaarige Haupt.
„Ein schlechter Zeuge. Götze, ein schlechter Zeuge. Ich persönlich siehe meinen Verstand zu Rate und gelange zu einem anderen Ergebnis als dein Gefühl. — Denk doch einmal darüber nach: Was müßte ein Mensch, der in Longfords Stellung sich befindet und deutscher Spion, sonst nicht wäre, für ganz ungläubliche Nerven haben! Wenn ich mich an Stelle eines Spions denke, meinethalben den Fall sehe, ich sollte als verkappter Offizier nach Berlin gehen, mich dort im Großen Generalstab anstellen lassen und täglich, stündlich, ja in jedem Augenblick des Tages wie der Nacht in der Gefahr, entdeckt zu werden, schweben, schon beim Gedanken könnten mir die Strangefänge plagen.“
(Fortsetzung folgt.)



erzucht, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die Wahlen zur Nationalversammlung in Staat und Reich viel früher als vorgesehen anberaumt werden.

Deutsche Demokratische Partei. Die hiesige Ortsgruppe der Deutschen Demokratischen Partei veranstaltete am Dienstag Abend im Traubensaal ihren 1. politischen Aufklärungsabend. Herr Professor Bauer sprach über die „politischen Parteien“. In anschaulicher Weise besprach er Geschichte, Wesen und Programme der einzelnen Parteien, die vor der Revolution bestanden und beleuchtete ihre Verhältnis zum Liberalismus, besonders zur Fortschrittlichen Volkspartei und ging dann zur Besprechung der jüdischen Parteien über. An den anschließenden, reichhaltigen Vortrag, dem reichlich Beifall der zahlreich erschienenen Zuhörer wurde, schloß sich eine anregende Debatte an. Es wurde vorgeschlagen, in der nächsten Zeit einen Vortragabend anzubereiten, in dem das Thema „Kirche, Staat und Politik“ besprochen werden soll.

12. Staatslotterie, 5. Klasse, 21. u. 22. Ziehungswoche. Auf Württemberg entfallen Gewinne: 3 D. 3. 1918. 3000 A auf Nr. 64 627, 171 443, 176 526, 186 278, 187 265, 1 000 A auf Nr. 30 698, 177 259, 184 199, 186 305, 186 588, 201 381, 215 777, 226 584, 500 A auf Nr. 30 838, 171 438, 174 242, 175 058, 177 979, 184 190, 186 874, 189 339, 221 644, 226 554. Außerdem 126 Gewinne zu 240 A — Ohne Gewähr.

4 D. 3. 1918. 3000 A auf Nr. 176 008, 178 262, 1060 A auf Nr. 31 883, 56 766, 114 292, 174 667, 177 243, 186 242, 226 538, 500 A auf Nr. 30 646, 56 765, 179 842, 188 511, 189 058, 211 760. Außerdem 120 Gewinne zu 240 A. (Ohne Gewähr.)

Stemmil ist die Forderung der 12. Lotterie beendet. Auf Württemberg sind in ihr gefallen: 2 Gewinne zu 15 000, 1 zu 10 000, 78 zu 3000, 156 zu 1000, 190 zu 500 und 3314 zu 240 A. Die Prämie mit 300 000 A ist dem in der Nachmittagsziehung am 4. Dez. 1918 mit einem Gewinn von 1000 A gezogenen Los Nr. 60 232 in Abteilung I und II zugewandt worden.

Es gibt wieder mehr Kleider und Stoffe. Der Abbau der Besatzungsordnung hängt vor allem folgende Erleichterungen: Für die Zeit bis 8. Januar 1919 werden für jede weibliche Person zwei Bezugsscheine für Frauen- und Mädchen-Oberbekleidung auf Antrag erteilt. Der eine kann laun — nach Wahl entweder auf Fertigmade oder auf Stoff — auf ein Kleid beliebiger Art, als solches auch Rock und Bluse oder auch ein Etchick einer Oberbekleidung gewährt. Der zweite Bezugsschein ist zu erteilen für einen Mantel (Eingraben oder Umhang). Während derselben Zeit ist ferner auf Antrag für jede zu versorgende männliche Person ein Bezugsschein auf einen Männer- oder Knaben-Wintermantel (Wieserübergänger oder Umhang) oder Stoff dazu zu erteilen. Diese Bezugsscheine-erteilung wird im übrigen an keine Bedingungen geknüpft. Eine gleiche Erleichterung für sonstige Männeroberbekleidung ist nach Lage der Dinge vorläufig nicht angängig. Für diese sind daher Bezugsscheine nur nach B. Staatsprüfung zu erteilen. Um die Abgabe geeigneter Oberbekleidung und damit die Bereitstellung geeigneter Rechnung zu fördern, stellt von nun an die Besatzungsverwaltung, daß gegen Abgabebereitstellung bis 31. Juli 1919 nur bis zu zwei Oberbekleidungen derselben Art für dieselbe zu verlorende Person Bezugsscheine erteilt werden dürfen. Die Stückzahl der Stoffe für Unterbekleidung, Kleidung für Kinder von 1—2 Jahren, für Säuglingsbekleidung und Wäsche für Bein, Hand- und Küchenwäsche wird um 50% erhöht.

Erwerbslosenfürsorge. Nach einer Verfügung des Arbeitsministeriums haben die Amtskörperschaften (einschl. der Stadtgemeinde Stuttgart) alsbald für ihre Bezirke eine Erwerbslosenfürsorge einzurichten. Bei Bewilligung der Erwerbslosenfürsorge ist besonders darauf zu achten, daß sie nur arbeitsfähigen und arbeitswilligen Personen, die sich infolge des Krieges durch Arbeitslosigkeit in bedürftiger Lage befinden, gewährt wird. Bei Beurteilung der Bedürftigkeit dürfen nicht bloß die Vermögens- und Einkommensverhältnisse des Erwerbslosen selbst in Betracht gezogen werden, vielmehr ist zu prüfen, ob die Einnahmen der sämtlichen zusammenlebenden Familienangehörigen darauf zurückgegangen sind, daß damit der notwendige Lebensunterhalt der Familie nicht mehr bestreiten werden kann. Anspruch auf Erwerbslosenfürsorge haben beim Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen die Angehörigen aller Berufe, also namentlich auch selbständige Personen. Weibliche Personen dürfen nur unterstützt werden, wenn sie auf Erwerbsfähigkeit angewiesen sind, da-

gegen nicht als solche Personen, die lediglich während des Krieges ausschließliche Erwerbstätig geworden sind, ohne daß sie durch ihre Vermögens- und Einkommensverhältnisse oder ihre Familienverhältnisse genötigt sind, weiterhin Verdienst zu suchen. Es ist nachdrücklich darauf hinzuwirken, daß den Erwerbslosen zunächst rasch Arbeit, in erster Linie in ihrem Beruf, soweit dies nicht möglich ist, bei der Ausfüllung von Notstandsarbeiten nachgewiesen wird. Erwerbslose, die sich weigern, die ihnen nachgewiesene geeignete Arbeit anzunehmen, dürfen nicht weiter unterstützt werden. Die Unterstützungen sind in ausreichender Höhe festzusetzen. Es darf jedoch der Anreiz, sich Arbeit zu verschaffen, nicht vermindert werden. Besonders zu prüfen ist, ob nicht an Stelle von Geldunterstützungen Sachleistungen (Lebensmittel, Arbeitsunterstützung und dergl.) treten sollen. Die Weiterzahlung der Krankenkassenbeiträge ist in jedem Falle zu übernehmen. Wer Anspruch auf Erwerbslosenfürsorge erhebt, ist verpflichtet, die vom Arbeitsministerium bezeichneten Berufsaufstellungen, die der allgemeinen Bildung dienen, oder Schulen oder sonstige Veranstaltung zur Fachausbildung zu besuchen. Für jede Gelegenheit ist ein Fortbildungsausschuß zu errichten. Die Vorhalten des Ministeriums des Innern über Erwerbslosenfürsorge treten außer Wirksamkeit.

Aus dem übrigen Württemberg.

Calw. Eine Diebesbande, die in letzter Zeit in Wildberg und Umgegend Treibriemen, Nahrungsmittel, Schafe, Ziegen, Hühner und andere Sachen gestohlen hat, hat in Pforzheim ihren Sitz und sind jetzt gegen zehn Taler festgesetzt.

Freudenstadt. Der Besitzer der chemischen Fabrik Glatt, Hermann Herbstreit hat zugunsten der heimkehrenden bedürftigen Krieger 5000 A gespendet.

Stuttgart. Wie der Leiter des Kriegswesens, Fischer, in der „Schwäbischen Tagwacht“ erklärt, wurden in den ersten Tagen der Revolution bereits unter den Kriegsgelungenen Agitation entfaltet. Daraufhin sind die Kriegsgelungenen vorstellig geworden und haben erklärt, daß sie ihre inneren Angelegenheiten mit demselben Recht wie die Deutschen selbst regeln wollen. Werde trotz dieser Vorstellung wieder Agitation entfaltet, so würden sie sofort ihrer Regierung entsprechende Mäxierung machen, die dann Mittel und Wege finden werde, um diese Propaganda zu verhindern.

Württembergische Bürgerpartei.

Stuttgart, 10. Dez. Nach dem Anschluß der Nationalliberalen Partei Württembergs an die Deutsche Demokratische Partei hat sich aus Kreisen der Konservativen Partei und der rechtsstehenden Nationalliberalen eine Württembergische Bürgerpartei gebildet. In dem Aufsatze heißt es u. a.: Das Gebot der Stunde war der Zusammenschluß des gesamten deutschen Bürgertums. Die Demokratie hat ihn verweigert. Nun soll sich die Sammlung des Bürgertums unter der Fahne der Würtl. Bürgerpartei vollziehen. In ihrem politischen Programm erklärt sich die Partei bereit, auf dem Boden jeder Staatsform mitzuwirken, in der Recht und Ordnung herrschen; sie tritt jedem Internationalismus entgegen, der das Wohl des eigenen Volkes hintensetzt, unterstützt jedoch das Bestreben nach Schaffung eines einheitlich gemeinteten Völkerbundes unter der Voraussetzung, daß er dem deutschen Volk volle wirtschaftliche und kulturelle Entwicklungsfreiheit wahrt. Von den Untergliedern des Aufbaus seien u. a. folgende Persönlichkeiten genannt: Oberamtmann Vaylle, Redakteur Dr. Beigwanger, Roman-Rat Beringer, Ministerialrat Dr. Dehlinger, Dr. Eugen Rotwell, Staatsminister a. D. Fleischer, Dekan Ganger-Ludwigsburg, Präsident v. Kraus, Stadtrat v. Hoffhal, Gemeinderat Prof. Weidrecht, und die konserativen Landtagsabg. Hiller, Roth, Schabbe, Ströbel, Vogt-Sothen.

Eingefandt.

Durch die Ueberschrift in der Zeitungsanzeige Ortsgruppe der Deutschen Demokratischen Partei ist bei manchen Bürgern und Bürgerinnen hiesiger Stadt wohl der Eindruck erweckt worden, als ob bei dem gestrigen Vortrage des Herrn Professor Bauer in dem Traubensaal über „die politischen Parteien“ es sich bereits um eine Wahlversammlung handelte, und sie sind deshalb der ungelieblichen Veranstaltung fern geblieben. Das ist in dem Interesse der guten Sache sehr zu bedauern; denn der Abend sollte erklärtermaßen der dringend notwendigen,

politischen Aufklärung oder Schulung des Volkes dienen und zu einer Aussprache führen, an der jedermann sich beteiligen konnte. Der Referent behandelte sein Thema in einer solch eingehenden und sachlichen Weise, wie das, soweit ich höre, in Nagold bisher nicht der Fall gewesen ist. Ich danke daher dem Redner für seine Tat der mühseligen, politischen Volksaufklärung, wünsche ihm recht viele Nachfolger und bitte ihn noch, jenen Teil des Vortrages, der die Programme der verschiedenen Parteien in authentischer Form enthält, der Oeffentlichkeit nochmals darzubieten, vielleicht durch Abdruck in dem „Gesellschaftler“ oder durch Verteilung eines Flugblattes, sofern eine Wiederholung des Vortrages nicht gewünscht wird. Es ist an der Zeit, daß durch eine allgemeine Aufklärung dem schändlich betrogenen Volke die Augen zur Selbstkenntnis und Selbsterziehung geöffnet werden, bevor es zur Wahlurne geht in der Hoffnung, selbstherrlich zu sein u. bald in allem selber regieren oder mitbestimmen zu dürfen. Darum fort in der jetzigen schweren Zeit mit den allen, kleinsten Parteizwistigkeiten! Es geht diesmal wirklich um das Ganze, um Sein oder Nichtsein des deutschen Reiches. Es beteilige sich ein jeder an der Erhebung des deutschen Volkes zu seiner nationalen Würde und an der Wiederaufnahme der Arbeit in dem friedlichen Wettbewerbe mit den Völkern der Erde. Keiner wähle aus Wahlbeeinflussung heraus, sondern aus eigener Ueberzeugung Wenn aus der Revolution eine Evolution werden soll, das heißt, wenn aus der gestürzten Umwälzung eine geordnete Entwicklung werden soll und man aus Zuständen des Unrechts zu Zuständen des Rechts kommen will, dann wähle man Männer, die das Volk das Rechte lehren und auch selber dafür unentwegt einstehen.

Einer, der den Mut hat, seinen Namen hinzusetzen. Schumacher.

Letzte Nachrichten.

Die Berliner Reichsleitung teilt sich mit der Absicht, ein Volksheer zu bilden anstelle des früheren.

Der Volksbeauftragte Ebert erhebt gegen die Bildung der rheinisch-westfälischen Republik im Interesse der Reichseinheit Einspruch.

In Paris wird gemeldet, daß im besetzten Gebiet Neubildungen von A- und S-Räten bei Todesstrafe verboten seien.

Die verhafteten Großindustriellen Stinnes und Thyssen wurden wieder freigegeben.

Aus Berlin wird gemeldet, daß in spätestens 14 Tagen der Generalstreik der Spartakusgruppe beginnen werde, wobei das erstmal das Proletariat bewaffnet werde.

Der Wahltermin für die neue verfassunggebende Versammlung ist auf den 12. Januar festgesetzt.

Wintwahl. Wetter am Freitag und Samstag. Vorwiegend bedeckt, mäßig kalt.

Nach der Schriftleitung von Hermann Paul, Nagold, Strauß u. Verlag von G. W. Keller'schen Buchdruckerei (Carl Keller) Wundt.

Amtliches.

Oberamt Nagold.

Abdunkelung wegen Fliegergefahr.

Die in der oberamtlichen Bekanntmachung betr. Abdunkelungsmassnahmen vom 13. September vor. Js. erlassenen Vorschriften werden mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Eine Verstärkung der Lichtquellen selbst, insbesondere bei der Straßenbeleuchtung muß jedoch wegen der steigenden Notwendigkeit der Ersparnis von Gas und elektrischer Kraft vermieden werden.

Den 10. Dezember 1918. Münz. A. B.

Auf die in Nr. 49 der Mitteilungen der Reichsbeleidungsstelle und der Kriegswirtschafts-Aktiengesellschaft Berlin ersichene Verfügungen:

Bekanntmachung des Reichswirtschaftsamtes, betreffend Aufhebung des § 7 der Verordnung über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren vom 10. Juni/23. Dezember 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1420).

Bekanntmachung der Reichsbeleidungsstelle über Erweiterung der Freiliste.

Bekanntmachung der Reichsbeleidungsstelle über Aufhebung der Beschlagnahme von Gastwirtschaften.

Bekanntmachung der Reichsbeleidungsstelle, betreffend Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung der getragenen Uniformen

wird hierdurch besonders aufmerksam gemacht. Nagold, den 11. Dezember 1918. Oberamt Münz. A. B.

Haus=Verkauf.
Erstine Gauß, Schlossermeisters Witwe
hier bringe ihren
Hausanteil
an Erb. Nr. 165 1 a 61 qm Wohnhaus
und Hofraum am Marktplatz zur
öffentlichen Versteigerung
auf dem Rathaus.
II. Termin Samstag, 14. Dez., nachm. 5 Uhr,
wozu Liebhaber eingeladen werden.
Nagold, den 2. Dez. 1918.
Ratsschr. Maier.

Nagold.
Die Steuerschuldner
größerer Beträge für 1918/19 werden um baldige
Entscheidung einer entspr. Abschlagszahlung ersucht. Wer
mit alter Steuer noch im Rückstand ist, hat nunmehr Ein-
kassierung zu erwarten! **Stadtpflege: Lenz.**
Die Kleinkinderschule
bittet ihre Freunde auch heuer
um eine Weihnachtsgabe.
Zur Empfangnahme sind
dankbar bereit
Dekan Pfeleiderer,
Rektor Bachteler,
beide Kinderchwestern.

Kotes Kreuz.
Ausverkauf der Abteilung
f. Handfertigkeitunterricht.
Infolge Auflösung der Reservelotterie werden am
Samstag den 15. u. Montag den 16. Dez. 1918
im Hofischen Saale von 1/2 11 bis 4 Uhr
fertige und halbfertige Verwundetenarbeiten, sowie
sämtliches Material, Vorlagen und Handwerks-
zeug verkauft, darunter ein Brennapparat mit 3
Blainpfeifen, Leisten zu Selbstschneiden.
Liebhaber sind freundlichst eingeladen.
Die Vorstehende:
Frau Regierungsrat Kommerell.

Bekanntmachung des Württ. Kriegsministeriums

Nr. 660 R. 18. A. 3.

1) Es werden: a) die zu **Zuchtzwecken** geeigneten warmblütigen Stuten durch Vermittlung der Zentralstelle für die Landwirtschaft unter besonderen Bedingungen und zu besonders festgelegten Preisen an Züchter abgegeben. Die Abgabe dieser Zuchttinten erfolgt in den Demobilisierungsorten der Truppen.

b) Die auszumustern noch **arbeitsfähigen** Pferde soweit sie nicht noch Verwendung finden, durch die Truppenstelle öffentlich versteigert.

c) Von den auszumustern, nicht mehr **arbeitsfähigen** Pferden unter unbeschränkter Zulassung der Bieter nur diejenigen öffentlich versteigert, die wieder arbeitsfähig zu werden versprechen. Die übrigen werden nach näherer Anordnung des stellv. Generalkommandos als Schlachtpferde verwertet. Als Preise für die Schlachtpferde sind festgesetzt: für den Zentner Lebendgewicht 75 A bei besser, 60 A bei mittlerer, 50 A bei geringer Beschaffenheit des Fleisches.

d) Die **öffentlichen Versteigerungen** der überzählig werdenden Dienstpferde haben aus verschiedenen Gründen bereits beginnen müssen, ehe die hierfür vorgesehenen Ausweise (Pferdekarten) den Blaupostverwaltungen zur Verteilung an die Pferdegebührende Bevölkerung überwiesen werden konnten. Nachdem dies nunmehr geschehen ist, liegt es im Interesse der Pferdegebräucher, sich zur Erlangung der für ihren behördlich anzuerkennenden Pferdebedarf erforderlichen Pferdekarten baldmöglichst bei der zuständigen Stelle (Oberamt, Kreisbehörde) zu melden, da zu den Versteigerungen in einigen Tagen nur noch Kartenabnehmer Zutritt erhalten werden.

Solche Gebräucher von Pferden, die zu den kleinen unbemittelten Landwirten und Gewerbetreibenden zählen und zur Erlangung der unumgänglich notwendigen Spennkräfte vorzugsweise berücksichtigt werden müssen (was von den Karten ausgeben den Kreisbehörden zu beurteilen ist), erhalten rote Pferdekarten, insbesondere diejenigen unter ihnen, die durch Verwundung usw. im Felde in ihrer Erwerbsfähigkeit beeinträchtigt sind oder Angehörige, die Ernährer der Familie waren, aus Nach von Kriegsereignissen verloren haben.

Auf den Versteigerungen sollen zunächst nur die Inhaber roter Karten, die deutlich sichtbar getragen werden müssen, zum Bieten zugelassen werden, die Inhaber weißer Karten erst dann, wenn diese abgefunden sind.

Zu 2: Wenn auf einer Versteigerung Pferde übrig bleiben, so sind diese nach vorheriger Ankündigung an die nach kaufwilligen Inhaber von Pferdekarten, auch wenn sie die ihnen nach ihren Karten zustehenden Pferde bereits erworben haben, darüber hinaus zu versteigern. Die dann noch übrig bleibenden Pferde können an Pferdehändler versteigert werden.

Pferdehändler dürfen zu den Versteigerungen der arbeitsfähigen Pferde erst dann zugelassen werden, wenn die Inhaber von roten und weißen Pferdekarten befriedigt sind.

3) Handel mit Pferdekarten wird bestraft

Mit Rücksicht auf die schwierige Transportlage können die Pferdeversteigerungen im allgemeinen nur in den Demobilisierungsorten der Truppen stattfinden. Das stellv. Generalkommando ist jedoch ermächtigt, abweichend hiervon auch an anderen Orten, dem Bedarf des Landes entsprechend, derartige Versteigerungen abhalten zu lassen. Für weitgehende Verbreitung der Bekanntmachungen der Versteigerungsorte wird das stellv. Generalkommando Sorge tragen.

Die Pferdegebräucher müssen sich daher über die Bekanntmachungen der Versteigerungen rechtzeitig unterrichten und sie ausführen.

4 Da wo Warmblutzucht besteht, sollen schwere Zugpferde, soweit sie Hengste oder Stuten sind, nicht versteigert werden.

Dies sind in Württemberg folgende Oberamtsbezirke: **Redarfreis:** Balingen a. E.

Schwarzwaldfreis: Balingen, Colm, Freudenstadt, Herrenberg, Nord-Nagold, Neuenbürg, Nürtingen, Oberndorf, Reichenberg, Rotweil, Spaichingen, Sulz, Tuttlingen, Urach.

Jagstfreis: Aalen, Crailsheim, Ellwangen, Gaildorf, Gerabronn, Gmünd, Mergentheim, Neeresheim, Weighelm.

Donaukreis: Biberach, Blaubeuren, Ehingen, Göppingen, Laxtheim, Leutkirch, Münsingen, Ravensburg, Reutlingen, Saulgau, Tettnang, Wädler, Wangen.

5. Als Zahlungsmittel werden **Kriegsanleihen** zum Nennwert in Zahlung genommen, und zwar die fünfprozentigen Schuldverschreibungen aller Kriegsanleihen ohne Unterschied und die einmalige bei der 6. Kriegsanleihe ausgebenen 4 1/2 prozentigen auslosbaren, Schatzanweisungen, jedoch nur in Grenzen des Kaufpreises, Heranzahlungen in Vorfinden nicht statt. Käufer, die bei den Versteigerungen die Bezahlung in Kriegsanleihe anbieten, werden bei sonst gleichen Geboten vor anderen berücksichtigt. Der laufende Zinsschein in Kriegsanleihe wird dem Käufer beiliegen. Dieser hat dafür neben dem Kaufpreis die Stückzinsen vom Zahlungstage bis zum Tage der Fälligkeit des Zinsscheines zu entrichten.

Zwecks Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs werden auch die vom Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften einzufließenden Kreditbriefe zahlungshalber angenommen.

Zu den Verkäufen von österreich-ungar. Heeresgerät ist die Zulassung von Bietern unbeschränkt. Bei diesen

Verkäufen wird jedoch Kriegsgerät nicht in Zahlung genommen.

Die Oberämter werden ersucht, für weiteste Verbreitung des Vorstehenden durch Teilnahme in dt. Bezirksblätter Sorge zu tragen.

Stuttgart, 10. Dezember 1918.

Der Leiter des Kriegswezens: geg.: Fischer.

Bekanntmachung des stellv. Generalkommandos XIII. (W.) A. R.

Mannschaften, die im öffentl. Interesse sowie aus wirtschaftlichen oder häuslichen Gründen am 10. November noch vom Wehrdienst zurückgestellt waren, solche, die als überzählig vorläufig entlassen wurden und solche arbeitsverwendungsfähigen Mannschaften, die noch nicht einberufen waren, haben sich in ihrem eigenen Interesse eine Bescheinigung des Bezirkskommandos zu verschaffen, daß sie aus dem Heeresdienst entlassen sind, bezw. noch nie gedient haben.

Die näheren Bestimmungen über Erlendung oder Vorlage der Militärpapiere erlassen die Bezirkskommandos für ihren Bezirk. In den Papieren der Zurückgestellten muß der letzte Ausweis über die Zurückstellung oder ihre Verlängerung eingelebt sein.

Mannschaften, die den Bezeichnungen „D.U.“, „D.Kr.“ oder „dauernd dienstunbrauchbar“ in ihren Papieren haben, brauchen ihre Papiere nicht vorzulegen, da dieser Bezeichnung genügt.

Die Jahrgänge 1898 und 1899 sind bei dieser Maßregel ausgenommen.

Es handelt sich hierbei nur um eine Befähigung der früheren Entlassung, Entlassungsgeld und Entlassungsauszahlung sind daher nicht zuständig.

geg.: Linke. 378: v. Ströbel. Bevollm. Mügl. des Ld.-Aussh. Generalmajor.

Stellv. Generalkommando XIII. (W.) A. R.

Nagold. Wegen Kohlenmangels werden die Raffenstunden der Oberamtspflege und Oberamtsparkasse

wie folgt vorläufig festgesetzt: vormittags 1/2 9—12, nachmittags 1—4 1/2, Samstag-Nachmittags bis 3 Uhr.

Stadtgemeinde Nagold. **Ruh- u. Brennholz-Verkauf.** Montag, 16. Dezember aus Distrikt Müttelberg, Abt. unterer und oberer Hilskopf und unterer Steinbruchstraße:

Nadelholzstangen, Stück: Hopfenstangen I. Kl. 9, II. Kl. 19.

Reifig, Wellen: Laubholz zum Selbsthauen, geschägt 80, Nadelholz, ungeschägt auf Hausen, geschägt 45, Nadelholz, ungeschägt in Flächenlosen geschägt 2650.

Stochholz, Am.: Nadelholz, aufbereitet 4.

Zusammenkunft zum Vorzeigen 1 Uhr auf der Müttlinger Straße bei der Bettlerstanne; Verkauf 2 Uhr bei der Pfanzschulhütte in Abt. Stadtkocher.

Gebrachte Nähmaschinen aller Systeme, teils wie neu in jeder Preislage. — Ausbesserung kostenlos. — Stefan Gerster, Krallinger. Reparaturen von sämtlichen Nähmaschinen werden wieder angenommen. D. D.

Trockene Tannenhölzer, jetzt serordnungsartig, in allen Stärken bis auf weiteres am Lager. Ferner empfehle alle Sorten **Schnittwaren,** in Eichen, Buchen, Tannen u. Föhren in feiner und holzbockender Ware.

Sägewerk Hausmann, Kentschers Nachfolger, Nagold

Aufkleb-Adressen, empfiehlt G. W. Zaiser, Nagold

Sehe ein zum 2ten mal 13 Wochen trächtiges **Mutterschwein,** sehr schönes Tier, dem Verkauf aus.

Paul Götz, Untertalheim.

Visiten- oder Gratulationskarten zu Weihnachten und Neujahr

bitten wir jetzt schon anfertigen zu lassen in der Buchdruckerei von G. W. Zaiser, Nagold.

Öffentliche Versammlungen zur Besprechung brennender kirchlicher Fragen.

Der Nachfolger von Prälat D. Hermann in der General-Superintendenten Reutlingen Prälat Dr. D. Schoell wird reden

über „die kirchliche Lage“ in Nagold: Sonntag, den 3. Advent, 15. Dez., nachm. 2 Uhr in der ev. Stadtkirche;

in Altensteig: am selben Tag, abends 8 Uhr im Gasthaus zum „grünen Baum“;

in Wildberg: andern Tags, Montag, 16. Dez., nachm. 1/2 2 Uhr in der Kirche.

An den Vortag wird sich je eine Besprechung anschließen.

Die Gemeindeglieder und Gemeinden der Diöcese, Männer und Frauen, werden zur Teilnahme herzlich und dringend eingeladen.

Nagold, 10. 12. 1918. **Deleg. Pfleiderer.**



Ebhausen, 11. Dez. 1918.

Todes-Anzeige.

Teilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten geben wir die schmerzliche Mitteilung, daß mein lieber, unvergesslicher, trübeforgter, ehelicher Sohn, unser innigstgeliebter, Bruder, Schwager und Onkel

Gefreiter Jakob Hauser

im Res.-Inf.-Rgt. 120, 1. Kompanie

nach bereits 4-jähriger, steter Pflichterfüllung in einem Feldlazarett in Belgien seiner schweren Verwundung am 29. Oktober im Alter von 29 Jahren erlegen ist.

In tiefer Trauer: Die Mutter: **Georg Hanzer Witwe.**

Die Tochter: **Marie Schill,** geb. Hauser mit Vatter **Joh. Hanzer,** 3. i. d. Ulmerstr., **Christiane Hanzer,** **Johanna Hanzer.**



Ebhausen, 11. Dez. 1918.

Todes-Anzeige.

Teilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten machen wir die überaus schmerzliche Mitteilung, daß unser innigstgeliebter Sohn, Bruder und Schwager

Gefr. Johannes Beutler

beim Stab der 26. Inf.-Div.

nach mehr als 7-jähriger Dienstzeit infolge schwerer Krankheit im Feldlazarett 259 im Alter von 27 Jahren gestorben ist.

Die tieftrauernde Familie **Wilh. Beutler, Walter.**

Nagold. **Geschäfts-Eröffnung.**

Gebe hiermit meiner werten Kundschaft die **Wiedereröffnung meiner Bäckerei** zur Kenntnis.

Empfehle mich gleichzeitig auch im Backen von **Kundenbrot.**

Chr. Stotteler, Bäcker.

Gesangbücher empfiehlt G. W. Zaiser, Nagold.